

Beantwortung Wahlprüfsteine

Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V. vom 24. Juni 2024

Als Verein, der sich in Ostdeutschland für eine ökologische, soziale und demokratische Wirtschaft einsetzt, beschäftigt uns die wichtige Frage der Zukunft der ostdeutschen Braunkohlereviere. Die mit dem Braunkohletagebau einhergehenden Umweltschäden werden umfassende Maßnahmen erfordern, deren Finanzierung insbesondere über das Ende des Kohlegeschäfts hinaus immer wieder Gegenstand medialer Debatten ist. Wir möchten Sie daher darum bitten, die folgenden Wahlprüfsteine anlässlich der Landtagswahl bis zum 15.07.2024 zu beantworten (max. 400 Zeichen pro Antwort). Die Zusammenstellung der eingegangenen Antworten werden wir im Anschluss online veröffentlichen. Wir bedanken uns für Ihre Kooperation.

1. Wie beurteilen Sie die bisher durch das Land und LEAG/MIBRAG getroffenen Vorsorgemaßnahmen für die Finanzierung der Braunkohletagebau-Folgekosten im Hinblick auf Umfang und Verlässlichkeit?

Die Braunkohlesanierung wird über Verwaltungsabkommen finanziert. In Sachsen haben die Vertragspartner bislang über 4 Mrd. € investiert. Über Vorsorgevereinbarungen werden Mittel für die Zeit nach dem Kohleausstieg verlässlich zurückgelegt. Auch die Entschädigungssumme des Bundes wird ausschließlich für die Finanzierung der Wiedernutzbarmachung der von Tagebauen beanspruchten Flächen eingesetzt.

2. Inwiefern würden Sie als Teil einer zukünftigen Landesregierung für größere Transparenz bzgl. durch LEAG/MIBRAG an die Vorsorgegesellschaften (VG) gezahlten u. in den Folgejahren zu zahlenden Mittel, die Anlagekonzepte der VG und zugrundeliegende Kostenannahmen und Rekultivierungskonzepte sorgen?

Viele Informationen können bereits über öffentlich zugängliche Berichte entnommen werden. In die Vorsorgevereinbarungen wurden weitgehende Transparenz- und Monitoring-Maßnahmen verhandelt. Der Berichtspflicht gegenüber dem Landtag und dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit wird entsprochen. Für größtmögliche Transparenz im Rahmen der gesetzlichen und vertraglichen Grundlagen ist zu sorgen.

3. Wie würden Sie als Teil einer zukünftigen Landesregierung dem Risiko der Abwälzung langfristiger Tagebau-Folgekosten auf öffentliche Kassen (z.B. im Falle von Insolvenzen der Braunkohleunternehmen) begegnen?

Die Bergbauunternehmen haben seit Abschluss der Vorsorgevereinbarungen bisher alle vertraglich vereinbarten Punkte und insbesondere ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllt. Eine regelmäßige Überprüfung der Vorsorgevereinbarung ist vereinbart. Die gewählte Gesellschaftskonstruktion und insbesondere die Ausgestaltung der Zweckgesellschaft entsprechen dem Ziel einer Risikominimierung im Insolvenzfall.

4. Welchen politischen Handlungsbedarf sehen Sie in Bezug auf die von LEAG/MIBRAG verfolgten Rekultivierungs- und Folgenutzungskonzepte (etwa in Bezug auf Wasserversorgung)?

Die SPD setzt auf die Zusammenarbeit zwischen dem Bund, den betroffenen Ländern und den Bergbauunternehmen. Eine gesicherte Wasserbewirtschaftung ist grundlegende Voraussetzung für die Zukunftsaussichten der Reviere. Deshalb begrüßen wir das Bund-Länder-Projekt zum strategischen Wassermanagement in der Lausitz und setzen uns für eine finanzielle und personelle Begleitung durch den Freistaat ein.

5. Wie stehen Sie zu zuletzt diskutierten Vorschlägen, die Tagebauflächen in öffentl. Eigentum zu überführen, um so gemeinwohlorientierte Rekultivierungskonzepte umsetzen und Folgekosten nach Ende des Kohlegeschäfts aus den Einnahmen neuer Geschäftsfelder (z.B. Erneuerbare Energien) tragen zu können?

Die Nachnutzungen müssen die Bewirtschaftungsziele des Braunkohlenplans einhalten, unabhängig davon, wie die Eigentumsverhältnisse der rekultivierten Flächen sind. Die Kommunen verfügen mittels Regional- und Bauleitplanung über umfassende Gestaltungs- und Mitspracherechte, um verschiedenen Nutzungsinteressen zur Geltung zu verhelfen und diese gemeinwohlorientiert auszugleichen.

6. Wie stehen Sie zu der von Initiativen aus dem Ort Pödelwitz erhobenen Forderung nach der „Auflösung der Eigentumsverhältnisse“ der MIBRAG an den Immobilien in Pödelwitz, um den Verfall des Ortes aufzuhalten und eine Wiederbelebung zu ermöglichen?

Wir sympathisieren mit der Idee eines Modellortes Pödelwitz für einen sozial- und klimagerechten Strukturwandel. Wir wissen um die Eigentumsverhältnisse im Ort und hoffen auf eine einvernehmliche Lösung im Sinne einer dauerhaften Zukunft von Pödelwitz, welche durch eine nachhaltige Planung gestaltet und nicht durch das reine Verkaufsinteresse der Grundstücke getrieben wird.